

Krieg, Frieden und Gewerkschaften

Eine Veranstaltung des Hans-Beimler-Zentrums im Rahmen der Augsburger Friedenswochen mit Unterstützung von DKP Augsburg, Rote Jugend Schwaben und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) Kreisvereinigung Augsburg

25. November 2022

Orhan Akman

Kandidat für ver.di-Bundesvorstand

Dem Frieden verpflichtet...



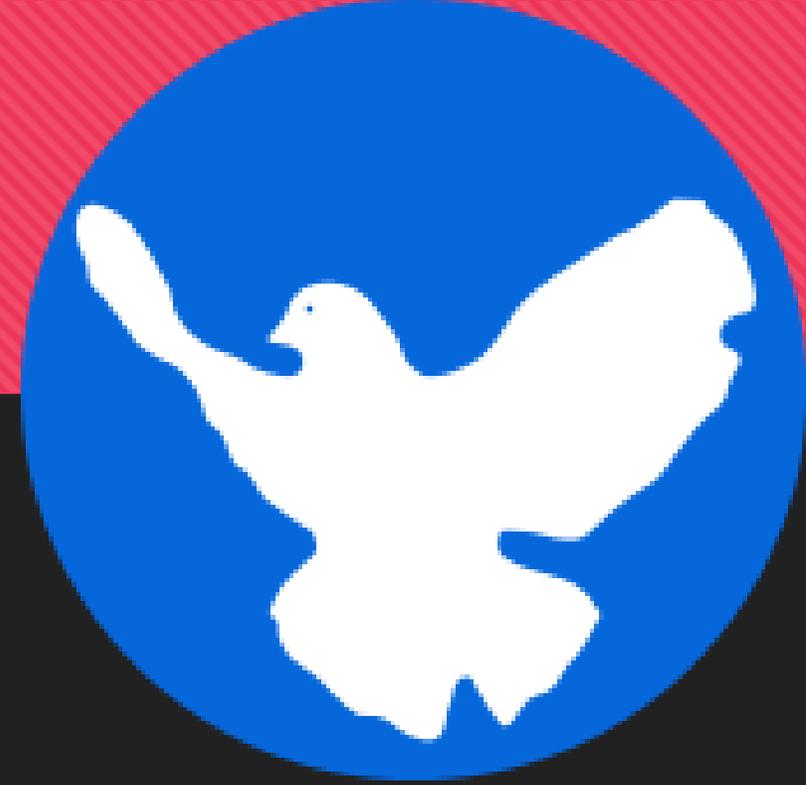
ver.di-Satzung

III. Grundsätze, § 5 Zweck, Aufgaben und Ziele

2. (...) ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein

3. i) Auseinandersetzung und Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen

Dem Frieden verpflichtet...



DGB-Satzung

§ 2 Grundsätze, Ziele und Aufgaben des Bundes

2. Ziele (...) - treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.

„Mehr als 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr“

„In einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages hat Bundeskanzler Olaf Scholz höhere Investitionen in die Bundeswehr verkündet: „Wir müssen deutlich mehr investieren in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen.“ Der Bundeshaushalt 2022 soll deshalb einmalig mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausgestattet werden. Die Mittel werden in notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben der Bundeswehr fließen: bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal.

Zudem soll der Verteidigungsetat von nun an mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Denn, so Scholz, „Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO.“

www.bmvg.de/de/aktuelles/mehr-als-100-milliarden-euro-bundeswehr-sicherheit-5362112

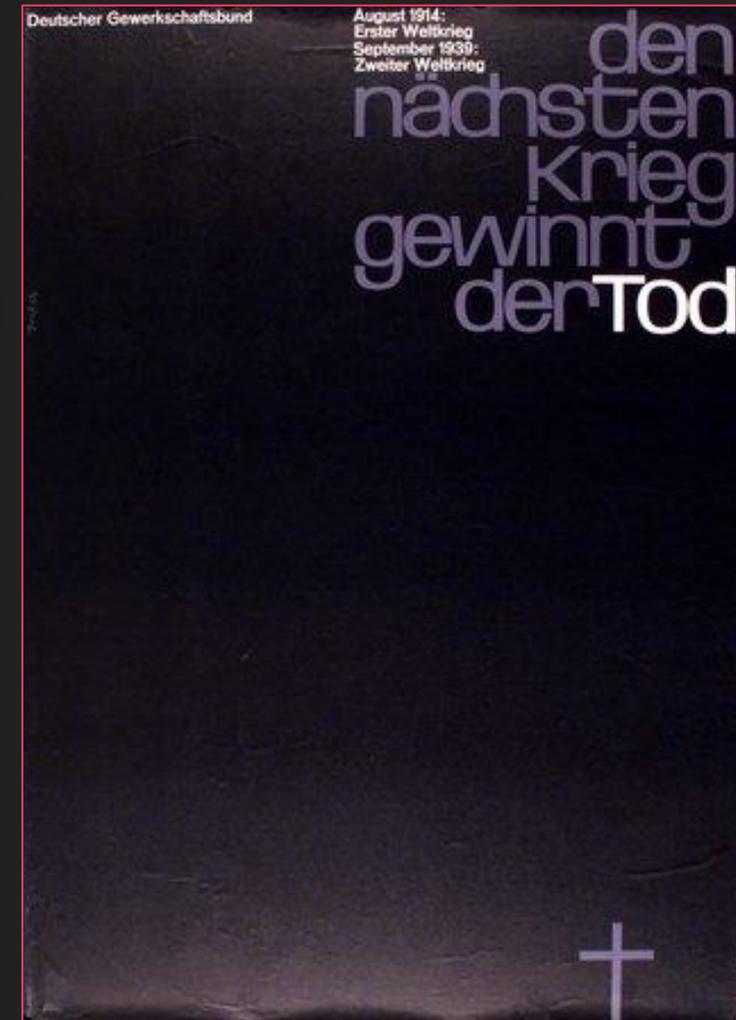


DGB zu Sondervermögen für Bundeswehr : „nicht sinnvoll“- „kritisch beurteilt“

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat um einen Beschluss zu dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr gerungen. Viele Delegierte auf dem Bundeskongress sehen die neuen Verteidigungsausgaben im Widerspruch zu den Ansprüchen des DGB als Friedenskraft.

Der DGB hat nach stundenlangem Ringen Kritik am geplanten 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr geübt – eine Ablehnung aber vermieden. Die rund 400 Delegierten des DGB-Bundeskongresses stimmten am Dienstag mehrheitlich für eine Formulierung, nach der eine Orientierung an abstrakten Summen wie bei dem geplanten Sondervermögen „nicht sinnvoll“ sei. Sie werde „kritisch beurteilt“, hieß es im beschlossenen Initiativantrag.“

www.rnd.de/politik/aufrestung-der-bundeswehr-dgb-kritisiert-sondervermoegen-RM2XUA4SMZ6SSWT4XEZU3VM65M.html



Der Kampf um den Frieden

„Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden“, heißt es im 1994 verabschiedeten Grundsatzprogramm des DGB.

Weiter heißt es im Dokument:

„Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auflösung von Warschauer Vertrag und Sowjetunion haben der Blockkonfrontation den Boden entzogen. Die Auflösung der bipolaren Struktur hat neue, historisch einmalige Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung eröffnet. Diese optimal zu nutzen, ist Aufgabe der Politik. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden. Wichtigstes Ziel muss sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der Krieg in Europa unmöglich macht.“

Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.-16. November 1996 in Dresden, Berlin o.J., S. 28f.

Der Jugoslawien-Krieg und DGB

Ab dem 24. März 1999 führten Kampfflugzeuge der Bundeswehr als Teil der NATO Luftangriffe auf Jugoslawien durch. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg wurde mit Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Kosovo begründet, und der DGB-Bundesvorstand folgte dieser Argumentation: „Bislang sind alle Versuche gescheitert, die serbische Staatsführung auf dem Verhandlungsweg zum Einlenken zu bewegen. Statt dessen hat sie schon während der Verhandlungen in Rambouillet das Morden und die Vertreibung ganzer Volksgruppen im Kosovo fortgesetzt. Der DGB verurteilt nach wie vor mit aller Schärfe die ethnischen Säuberungen und die Massenmorde im Kosovo. Vor diesem Hintergrund hat der DGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die NATO dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen. Der DGB unterstützt die Auffassung der Bundesregierung, keinen Kampf-Einsatz von Bodentruppen zu beschließen.“

Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zum Krieg im Kosovo, 6. April 1999;
<https://www.dgb.de/presse/++co++2b8ecf52-1551-11df-4ca9-00093d10fae2>

Der Krieg in der Ukraine und DGB

Einen völlig anderen Duktus wählte der DGB, nachdem im Februar 2022 Soldaten der Russischen Föderation in die Ukraine einmarschiert sind. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die kriegerische Aggression Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Krieg stellt einen beispiellosen Angriff auf die europäische Friedensordnung dar, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert. Seine Hauptleidtragenden sind die Zivilbevölkerung und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“


Solidarität mit der Ukraine
JETZT SPENDEN!

#niewiederkrieg #standwithukraine #solidarität



Erklärung des DGB-Bundesausschusses zum Ukrainekrieg: Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt!, 2.3.2022

<https://www.dgb.de/themen/++co++4d7d97da-8d7e-11ec-87de-001a4a160123>

Der Krieg in der Ukraine und DGB

Die Vorgeschichte des russischen Einmarsches in der Ukraine, spielt in der DGB-Erklärung – ganz anders als 1999 – keine Rolle: Der rechtswidrige Umsturz in Kiew 2014, die als Reaktion darauf erfolgte Ausrufung eigenständiger „Volksrepubliken“ im Donbass und die Tatsache, dass unter Beteiligung Russlands ausgehandelte Abkommen zur Beilegung der Krise vor allem von den wechselnden ukrainischen Regierungen hintertrieben wurden, finden in den Analysen des Gewerkschaftsbundes keine Beachtung.

haltet ein!



Distanziertes Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung

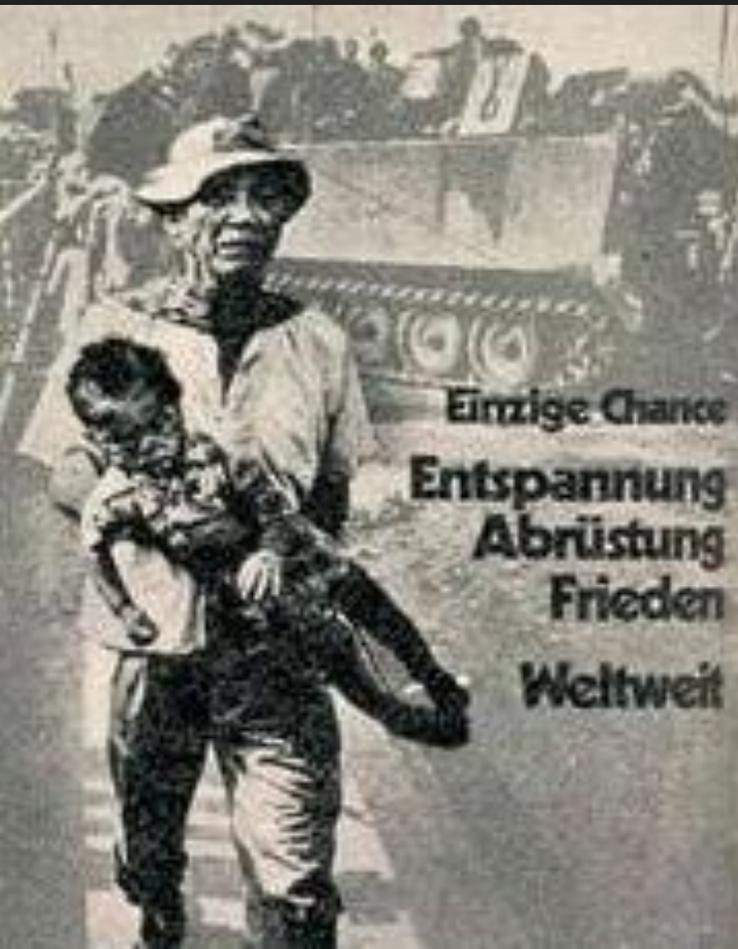


Als sich Anfang der 1980er Jahre die öffentliche Debatte um die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD zuspitzte, stellten sich einige wichtige Gewerkschaften offen auf die Seite der damaligen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und unterstützten den NATO-Doppelbeschluss als „Nachrüstung“ zum Ausgleich einer sowjetischen Überlegenheit. Zu diesen gehörten unter anderem die IG Bergbau und Energie, die IG Chemie, Papier, Keramik und die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten.

Eine kritische Haltung nahmen dagegen vor allem die IG Metall und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ein. Gegenüber der Friedensbewegung selbst dominierte Abgrenzung: 1981 verbot der DGB seinen Gewerkschaftssekretären eine Teilnahme an der Großdemonstration in Bonn, zu der am 10. Oktober 1981 rund 300.000 Menschen zusammenkamen, gegen den von Millionen Menschen unterzeichneten „**Krefelder Appell**“ lancierte der Gewerkschaftsbund einen eigenen Aufruf „Frieden durch Abrüstung“, der aber weit hinter der Kampagne der Friedensbewegung zurückblieb.

Rüdiger Schmitt: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung, Springer-Verlag, 2013, S. 145ff.

Marx und Engels zum Gegensatz der Klassen und und Stellung der Nationen gegeneinander:



Das Ziel von Arbeiterparteien und Gewerkschaften war die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationen wurde als notwendige Konsequenz aus dem angestrebten Verschwinden der kapitalistischen Klassenherrschaft angesehen. Damit konnten sie sich auf Marx und Engels berufen, die im Manifest der kommunistischen Partei geschrieben hatten: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. (...) In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“

Vgl. Dr. Peter Strutynski: Friedensbewegung und Arbeiterbewegung zwischen Antimilitarismus und Patriotismus; in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, 7. November 2012; <https://kpf.die-linke.de/mitteilungen/detail/100-jahre-baseler-sozialistenkongress/>

Marx/Engels Werke, Bd. 4, S. 479

Die Internationale...

(...)

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Parteien.
Die Müßigänger schiebt beiseite!
Diese Welt wird unser sein;
unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der nächtgen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß

Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!



FLAGGE ZEIGEN

FÜR FRIEDEN!
OHNE WENN UND ABER.

Arbeiterparteien und Gewerkschaften gegen den ersten Balkankrieg von 1912

**NIE WIEDER KRIEG!
NIE WIEDER
FASCHISMUS!
FÜR FRIEDEN
UND ABRÜSTUNG!**



1912 kamen in Basel Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterparteien und Gewerkschaften zusammen, um mit einem internationalen Friedenskongress auf den Ersten Balkankrieg zu reagieren. Das sei das erste Mal gewesen, so das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ damals in einem euphorischen Kongressbericht auf der ersten Seite, dass „die Internationale zur Durchsetzung unmittelbarer Forderungen in Aktion trat“ (...) „Damit tritt die Arbeiterklasse auf der Weltbühne in die Reihe der politisch handelnden Mächte ein. Als wichtigster Teil des Volksganzen aller Nationen erhebt sie ihre Stimme und den Anspruch auf Anerkennung als Friedensmacht. (...) In der Tat ist die Arbeiterklasse heute das zuverlässigste Bollwerk der Kultur gegenüber der Barbarei des Krieges und der modernen Menschenschlächtere.“

Friede auf Erden! In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 49/1912, 7. Dezember 1912, S. 1; <http://library.fes.de/gewerkzs/correspondenzblatt/1912/pdf/1912-049.pdf>

Deutsche Gewerkschaften und der Erste Weltkrieg

FRIEDEN: MEHR ALS ABRÜSTUNG



ANTIKRIEGSTAG 1991

DGB

Deutschen Gewerkschaftspresse am Tag des Kriegsausbruchs, am 1. August 1914, „Mit der ganzen Schwere trifft der Schrecken des Krieges die Arbeiterklasse, sie vor allem wird den harten Druck empfinden. Wir bedauern die Toren, die sich von den nationalen Phantastereien fortreißen lassen; in der Arbeiterschaft sollte dafür kein Raum sein, denn sie wird den Leidenskelch bis zur Neige lehren müssen.“

Nur eine Woche später war von einer Ablehnung des Krieges keine Rede mehr. In einem vom „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Aufruf „An die Mitglieder der Gewerkschaften“ heißt es nun: „Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrechtzuerhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen. Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermesslichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturnationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben.“

Oswald Schumann, der ein Jahr zuvor in London mit formalen Argumenten den antimilitaristischen Antrag der französischen Kollegen abgeübelt hatte, gehörte nun zu den eifrigsten Unterstützern der Kriegspolitik und aller Maßnahmen für einen Sieg des Deutschen Kaiserreichs: „Wir als Arbeiter haben das größte Interesse an der Erhaltung unseres Vaterlandes“, verkündete er nun.

Die Kriegsgefahr. In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 31/1914, 1. August 1914, S. 1; <https://library.fes.de/gewerkzs/correspondenzblatt/1914/pdf/1914-031.pdf>

An die Mitglieder der Gewerkschaften! In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 32/1914, 8. August 1914, S. 486 (3); <https://library.fes.de/gewerkzs/correspondenzblatt/1914/pdf/1914-032.pdf>
<http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205j17.htm>

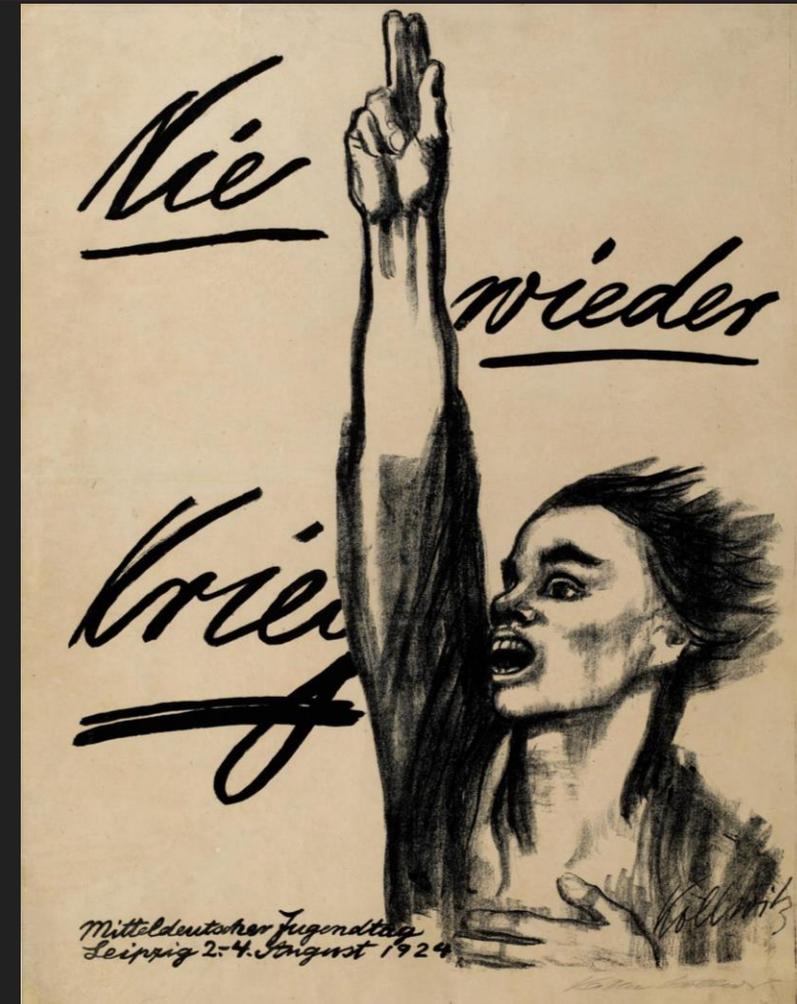
Feige Gewerkschaftsfunktionäre



Die Opposition gegen den Krieg in den Gewerkschaften war und blieb schwach. Im Juni 1915 unterzeichneten jedoch neben mehreren hundert Parteikadern immerhin etwa 20 Gewerkschaftsfunktionäre einen von Karl Liebknecht initiierten Aufruf, der die Beendigung der „Burgfriedenspolitik“ gegenüber der Regierung forderte. Unter anderem auf Betreiben Schumanns wies eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände den Appell einen Monat später zurück: „Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften; ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

Schein und Sein oder der Verrat an der Arbeiterklasse...

Wie konnte es zu diesem offenkundigen Verrat an den Interessen der arbeitenden Menschen kommen? Wolfgang Abendroth führte ihn darauf zurück, dass „der Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen rein organisatorischer Macht und Kampfbereitschaft der SPD und der Gewerkschaften in Deutschland“ schon vor 1914 offensichtlich geworden sei. Die organisatorische Stärkung von SPD und Gewerkschaften und die Wahlerfolge der Partei hätten eine „Schicht von Parlamentariern, Arbeiterbürokraten und Verwaltungsfunktionären entstehen lassen“, die „nicht mehr nur *für* die, sondern auch *von* der Arbeiterbewegung“ lebten, die Organisation war für sie zum Selbstzweck geworden, die nicht durch ein Überschreiten der Legalität gefährdet werden dürfte.



Schein und Sein oder der Verrat an der Arbeiterklasse...

Während es in der Sozialdemokratischen Partei um die Kriegsfrage auch in den folgenden Jahren wütende Auseinandersetzungen gab, die schließlich 1917 zur Spaltung und Gründung der USPD führten, konnte die Generalkommission der Gewerkschaften ihren Kurs bis zuletzt durchsetzen. Noch auf dem 10. Gewerkschaftskongress 1919 erklärte eine Mehrheit von 445 gegen 179 Delegierte: „Der Kongress weist (...) die in der Öffentlichkeit gegen die Generalkommission erhobenen Anschuldigungen, sie habe die Arbeiterklasse im Kriege verraten, entschieden zurück.“

Karl Fugger: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Westberlin 1971, S. 114



A 7

Industrie-
gewerkschaft
Metall
(245)

1. September

Der Bundeskongreß fordert den Bundesvorstand des DGB und die Vorstände der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, damit der 1. September in würdiger Form als ein Tag des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg begangen wird.

Angenommen mit folgender Änderung:

Der in Zeile 5 beginnende Nebensatz wird wie folgt geändert: „damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird.“

8 Protokoll, 7. ordentlicher DGB-Bundeskongress, 9.-14. Mai 1966, Anhang

1. September = Anti-Kriegstag



Völker erhebt euch

(Gesang der Arbeiter)

(...)

Machet ein Ende dem Krieg und dem Raub und dem Grauen
Gleichheit den Völkern, den Rassen, den Männern und Frauen
Gleichheit versöhnt. Arbeit durch Gleichheit verschönt
Wird euch die Freiheit erbauen

Text: Erich Mühsam 1920



KRIEGE  
BEEENDEN!

Danke für die Aufmerksamkeit

Orhan Akman

Kandidat für ver.di-Bundesvorstand